

SHZ, 16.06.2026

Solar-Streit in Ahrensbök eskaliert: Bürgerinitiative erhebt schwere Vorwürfe



Hier sollen Photovoltaikflächen entstehen – und genau darüber wird in Ahrensbök seit Jahren gestritten. Anwohner Tom Pöthig und Werner Zuther wollen Teile der geplanten PV-Anlagen verhindern und möchten die Landschaft erhalten. Foto: Morten Grassau

In Ahrensbök gibt es Streit um geplante Photovoltaik-Freiflächen, besonders in Dunkelsdorf. Verwaltung, Politik und Bürgerinitiative bewerten die Ursachen des Konflikts unterschiedlich.

Der Streit um die geplanten Photovoltaik-Flächen in Ahrensbök hat eine neue Dimension erreicht. Der Konflikt entzweit inzwischen nicht mehr nur Rathaus und Bürger, sondern auch die Kommunalpolitik.

Während weite Teile der Gemeindevertretung rund um Bürgermeister Andreas Zimmermann vor einer zunehmenden Eskalation der Debatte warnen, geht die SPD auf Distanz – und stellt sich hinter die Kritiker der Planungen.

Presseerklärung sorgt für Unmut in Ahrensbök

Auslöser der jüngsten Auseinandersetzung ist eine gemeinsame Presseerklärung von CDU, FDP, FWG und Verwaltung. Darin beklagen die Beteiligten einen zunehmend rauen Umgangston in den öffentlichen Sitzungen und warnen vor persönlichen Angriffen auf Politik und Verwaltung. Bürgermeister Zimmermann sprach von einer besorgniserregenden Entwicklung und stellte die Frage: „Wie sieht die nächste Eskalationsstufe aus?“

Mit einer gemeinsamen Erklärung warben Andreas Zimmermann, Bürgermeister der Gemeinde Ahrensbök, sowie Vertreter von CDU, FDP und FWG für einen respektvollen Umgang in der politischen Debatte. Foto: Morten Grassau



Auch die Vorsitzende der Gemeindevertretung, Karin Beythien (CDU), kritisierte, viele Menschen würden die Debatte nur noch aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus betrachten. „Wir müssen Entscheidungen für die gesamte Gemeinde treffen“, betonte sie.

SPD verweigert Unterstützung

Doch die politische Geschlossenheit der Erklärung bekam einen Riss: Die SPD-Fraktion unterstützte die gemeinsame Erklärung nicht und blieb dem Pressetermin fern. In einer exklusiven Stellungnahme, die unserer Redaktion vorliegt, erhebt Fraktionsvorsitzende Gudrun Ott deutliche Kritik. „Da die SPD-Fraktion die Presseerklärung nicht unterstützt, wurden wir vom Bürgermeister gebeten, von einer Teilnahme am Pressetermin Abstand zu nehmen“, schreibt sie.

Für die Sozialdemokraten liegt das Problem nicht in erster Linie im Umgangston, sondern in der Kommunikation zwischen Politik und Bürgerschaft. Viele Betroffene fühlten sich mit ihren Sorgen nicht ernst genommen und erhielten auf konkrete Fragen häufig lediglich Hinweise auf demokratische Verfahren und Abläufe. „Unsere Mitbürger fühlen sich schlichtweg nicht ernst genommen“, so Ott. Die Empörung vieler Anwohner sei nachvollziehbar. Es handele sich nicht um professionelle Redner, sondern um Menschen, „bei denen sich angesichts der Situation Verzweiflung breitmacht“.

Bürgerinitiative widerspricht Ahrensböcker Rathaus

Damit unterstützt die SPD eine Bürgerinitiative aus Dunkelsdorf, die seit Monaten gegen einzelne geplante Standorte mobil macht. Auch der Sprecher der Initiative, Tom Pöthig, weist die Darstellung der Gemeinde zurück, Bürger würden sich sachlichen Gesprächen verweigern. „Wenn gesagt wird, mit uns sei kein sachliches Gespräch möglich, dann entspricht das nicht unseren Erfahrungen“, sagt der Entwicklungsingenieur.

Nach Angaben der Initiative sei das eigentliche Problem nicht der Tonfall, sondern das Gefühl vieler Bürger, dass wesentliche Entscheidungen bereits getroffen würden, bevor ihre Einwände ernsthaft berücksichtigt werden. „Wir fühlen uns bei den Entscheidungen nicht ausreichend berücksichtigt“, so Pöthig.

Ahrensböck: Streit um mehr als nur Solar-Flächen

Mit Plakaten wie diesen soll das Ziel der Initiative deutlich werden: eine Reduzierung der geplanten PV-Anlagen. Denn besonders um Flächen im Bereich Dunkelsdorf regt sich seit Monaten heftiger Widerstand. Foto: Morten Grassau



Hintergrund des Konflikts sind die seit Jahren laufenden Planungen für mehrere Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Gemeindegebiet. Besonders in Dunkelsdorf regt sich Widerstand gegen einzelne Standorte.

Doch längst geht es nicht mehr nur um die Frage, wo Solar-Module aufgestellt werden sollen, sondern vielmehr um eine Grundsatzdebatte: Geht es um Bürger, die demokratische Entscheidungen nicht akzeptieren wollen, oder um eine Politik, die den Kontakt zu einem Teil ihrer Bürger verloren hat? Fest steht: Die Fronten sind verhärtet. Und eine Annäherung ist derzeit nicht in Sicht.